

Kriegslieferungen auf der Eisenbahn

Eisenbahnbeamte melden:

Seit 14 Tagen werden alle zwei Tage Züge mit 120 Waggons nach Hamburg abgefertigt. Über den Inhalt der Waggons herrscht Stillschweigen. Auf Anfragen bekommt das Personal keine Antwort. Die Tatsache, daß diese Transporte erst seit den letzten 14 Tagen im Gange sind, sind der Beweis dafür, daß es sich um Lieferungen von Kriegsmaterial handelt. Die Lieferungen stehen im Zusammenhang mit der erhöhten Produktion im Geschloßwerk, vor allem in der Sprengstoffherstellung. Von Woffen wird gemeldet, daß auch dort ältere Züge Transporte abgehen.

Sozialfaschismus bei Straßenbahn AG in Dresden

Reformistischer Arbeiterratsvorsitzender Weber erklärt: weder Ausprüche noch Abstimmung über Belegschaftsanträge. „Wir machen es ohne Arbeiterrat viel besser“

Am Donnerstag, dem 18. Februar, fand eine Arbeiterratssitzung der Dresdner Straßenbahn-AG statt. In dieser Sitzung verlangten rote Betriebsräte die Behandlung von Anträgen der Belegschaften auf Auflösung des Arbeiter- und Betriebsrates. Der reformistische Arbeiterratsvorsitzende Weber erklärte, über diese Anträge keine Ausprüche und keine Abstimmung zuzulassen. Darauf verlangte zur Geschäftsordnung ein roter Belegschaftsrat, daß er oder nicht erzieht, während dem sozialfaschistischen Arbeiterrat Maß das Wort erteilt wurde, der verfuhr mit einem Antrag ohne Ausprüche über die Belegschaften Weber abgelehnt. Es entstand nunmehr eine zarte Auseinandersetzung über die Behandlung des Arbeiterratsvorsitzenden den Arbeiterratmitgliedern gegenüber. Daraufhin schloß kurzerhand Weber die Sitzung mit dem Bemerkten, in Zukunft wenig was gut seine Arbeiterratsführungen einzubringen, der Arbeiterratsvorsitzende und der Betriebsratsvorsitzende leiteten die Arbeit ohne Arbeiterrat viel besser.

In diesem Beispiel erkennen die Arbeiter den tatsächlichen Kern aus der kleinen SPD-Strategie, die in den Betrieben die Arbeiter mundtot machen und sich nach oben andienen als die besten Vertreter, ohne daß die Kapitalisten nötig haben, sich zu bemühen.

Die Arbeiter der Dresdner Straßenbahn-AG müssen sofort in den Betrieben Belegschaftsversammlungen fordern, wo die Kampfmethoden der Riegel und Weber zur Ausprüche geübt werden und darüber hinaus die Belegschaften verlangen, durch Sammlung von Unterschriften, daß der Arbeiter- und Betriebsrat nicht das Vertrauen der Arbeiter genießt und demzufolge zurücktreten hat.

Straßenbahner, kämpft für die Durchsetzung kurzer Forderungen, gegen Notverordnungsbürokratie und faschistische Methoden von Seite des Staates, gegen das bankrotte Kapitalistische System! Jeder von euch ein roter Wahlhelfer für den Kandidaten der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann!

SPD-Führer für Polizeieinmarsch gegen Streikende

Kommunistischer Vorstoß im Preussischen Landtag

Die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag hat am 12. Februar einen Antrag bei den Reichstagen in Dresden einen Antrag eingebracht. Auf zahlreichen Gütern in Ostpreußen streiken die Landarbeiter gegen einen Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent, der vorgenommen wurde, obwohl der Lohn im Jahresdurchschnitt nur etwa 6 Prozent pro Stunde betrug. Der preussische Innenminister hat nun ein großes Heer von Streikbrechern in den Bereich der streikenden Güter entsandt und auf den Gütern haben sogar Polizeieinheiten aufgestellt. Die kommunistische Landtagsfraktion fordert unverzüglich die Zurückziehung der in Streikgebiete entsandten Polizei.

Als für diesen Antrag im Preussischen Landtag die Dringlichkeit erklärt wurde, widersprach die SPD-Fraktion der Dringlichkeit, so daß der Antrag wieder für Wochen und Monate in den Akten des Landtagsarchivs ruhen wird. Damit wird die SPD-Führer wieder dafür erklärt, daß gegen streikende Arbeiter Polizei eingesetzt wird.

Die SPD-Führer haben den Polizeieinsatz im Ruhrgebiet gebilligt. Sie werten dafür, daß streikende Soldaten vor ein Sondergericht gestellt wurden, daß höhere Gefangenenlisten verhängt wurden. Das ist das System der kapitalistischen Front!

Was dagegen ist, daß gegen streikende Arbeiter Polizei eingesetzt wird, der Kampf mit gegen das kapitalistische System in der roten Einheitsfront unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Thälmann!

Landarbeiterstreiks in Ostpreußen

Neue Streiks von Landarbeitern auf ostpreussischen Gütern sind ausgebrochen. Das Gut Stobingen (Kreis Insterburg) ist am 18. Februar früh in den Streik getreten. Die gesamte Belegschaft steht geschlossen im Streik, um die Auszahlung des seit Januar rückständigen Lohnes. Der Kampfausschuss, welcher gegründet wurde, begab sich zum Gutbesitzer, um die Forderungen der Belegschaft vorzulegen. Derselbe empfing sie mit den Worten: „Ich habe kein Geld, wer streikt, ist sofort zu entlassen!“

Die Belegschaft gab dem faschistischen Gutbesitzer eine richtige politische Antwort, indem sie beschloß, ihren Streik bis zum vollständigen Siege zu führen.

Die Wirtschaftler von Braunsberg beschloßen in einer kurz belauenen Versammlung, für ihre aufgestellten Forderungen in den Streik zu treten und den Kampf nicht eher abzubrechen, bis ihre Forderungen anerkannt und durchgeführt werden. Reichsbanner, sozialdemokratische und christliche Arbeiter streiken unter revolutionärer Führung geschlossen im Kampf und verurteilen alle Arbeiter, sich nicht als Streikbrecher mitzubringen zu lassen.

Die Betriebsarbeiter, die Erwerbslosen, sie führen den Streikvereinskampf Thälmann gegen Hindenburg auf die richtige Weise. Die beste Unterstützung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann sind die entschlossenen Kämpfe gegen Lohnabbau und Unterdrückungsabbau.

Gut die streikenden Schweißhauer

In einer Land- und Fortarbeiterversammlung in Großschlow (Neumark), einberufen vom revolutionären Einheitsrat, wurde am Abend 15. Februar für die streikenden Schweißhauer geschlossen. Acht Arbeiter traten dem EWV bei. Der Streik der annähernd 250 kämpfenden Schweißhauer steht mit ungebrochenem Kampfesmut weiter. Das erste Bündnis des ausgebeuteten Lohnarbeiters mit den Genossen aus der Stadt macht es möglich, daß bereits zwei Wochen zur Spaltung der streikenden Schweißhauer dampfen. Die Streikfront der Schweißhauer ist ungebrochen. Weltweite Solidarität mit den kämpfenden Schweißhauern!

Niederlage für die Dremag-Direktion

Das Landesarbeitsgericht gegen die Personalpolitik Försters. Wiedereinstellung gemäß-reakter revolutionärer Arbeiter

Schon lange sind die revolutionären Arbeiter der Dremag den Bürokraten des Gesamtverbandes und der Direktion ein Dorn im Auge. Durch Zusammenarbeit des Gesamtverbandes und der Direktion wurde nichts unversucht gelassen, um sich dieser Arbeiter zu entledigen. Wie in so vielen Fällen hat die Verbandsbürokratie Hand in Hand mit der Direktion und der Betriebsleitung auch im Elmsert Entlassungen vorbereitet.

So wurden bei den zuletzt vorgenommenen Entlassungen auch zwei verheiratete Arbeiter entlassen, die aber sofort Einspruch erhoben.

Vor dem Arbeitsgericht wurden sie mit ihrer Klage abgewiesen. Sie strengten daraufhin Berufungswege an und beauftragten den roten Betriebsrat mit der Vertretung vor dem Landesarbeitsgericht.

In der am Freitag, dem 17. Februar, stattgefundenen Verhandlung bekam die Dremag-Direktion und besonders Personaldirektor Förster (SPD) eine schallende Ohrfeige. Aus den Ausführungen der Kläger ergab sich klar, daß hier die Entlassungen verstoßen gegen die Bestimmungen des Elmsertgesetzes, wenn das auch von Personaldirektor Förster bestritten wurde.

Offen kam aber auch die Mitwirkung der SPD-Betriebsräte bei Entlassungen zum Ausdruck.

Der rote Betriebsratsvorsitzende Wöhle führte dazu aus: Als uns von der Direktion der Elmsert die Mitteilung gemacht wurde, daß Arbeiter unseres Werkes infolge Sparmaßnahmen der Stadt entlassen werden sollten, verteilten wir eine Betriebsversammlung ein. Diese Betriebsversammlung beschloß, daß der Arbeiterrat keine Beschlüsse für Entlassungen von Arbeitern bringt, sondern daß der Arbeiterrat darauf bringen soll, daß die Gehälter der Direktoren und der hohen Beamten gekürzt werden müßten, wenn schon gekürzt werden soll. Trotzdem ging die Direktion der Elmsert dazu über, 27 Arbeiter zu entlassen. Der Arbeiterrat erklärte darin eine Flaggengeißel, weil es sich in den meisten Fällen um rote Betriebsarbeiter handelte. In zwei Fällen wurden auch Familienmütter von 4 bis 5 Kin-

dern entlassen. Der Arbeiterrat klagte deshalb vor dem Arbeitsgericht, erstens wegen Flaggengeißel, zweitens wegen unbilliger Härte bei diesen beiden Arbeitern. Kurpa, der Vorsitzende des reformistischen Gesamtverbandes, hat einmal gesagt: „Die NSD ist schon tot, und im Elmsert wird sie bald sterben“. Und sein Schwager, Freund Stübner Förster, der Abteilungsleiter im Elmsert ist, verfuhr natürlich zuerst die revolutionären Elemente aus dem Betrieb zu werfen.

Gleichzeitig wurde die Kündigung eines ledigen Arbeiters, der Mitglied des reformistischen Verbandes ist, wieder zurückgezogen. Der rote Arbeiterrat verlangte nun, daß bei den beiden obengenannten Familienmüttern ebenfalls die Kündigung wieder zurückgenommen wird.

Personaldirektor Förster erklärte, daß sich der rote Arbeiterrat geweigert habe, an der Entlassung mitzuwirken und eventuell Beschlüsse zu bringen. Politische Erwägungen spielten bei der Entlassung keine Rolle. Über den Vorstoß des roten Arbeiterrates zwecks Kürzung der Direktorengehälter schwieg er sich allerdings aus.

Das Arbeitsgericht kam zu folgendem Bescheidsurteil: Die Festgaben verpflichten sich, Hindere und Neben (die beiden Familienmütter) vorzuzugeweiht vor jedem betriebsfremden Arbeiter in ihrem Betrieb einzustellen, sobald ein Posten im Betrieb wieder frei wird.

Hier zeigt sich also, daß nur der rote Betriebsrat die Interessen der Belegschaft vertritt, während die reformistischen Betriebsräte zusammen mit ihrem Personaldirektor Förster und der Gesamtverbandsbürokratie gemeinsam die Entlassungen vorbereiten.

Die Antwort der Dremag-Proleten muß sein: Nun erst recht hinein in die NSD, in die rote Arbeiterklasse. Die „Eiserne Front“ hat sich als Hindenburg-Unternehmer-Front entlarvt. Die Arbeiter aber mobilisieren die Betriebe für den Kandidaten der Arbeiterklasse und für die SPD!

Neuer Ausschlußterror im Dresdner BSB

Bezirk Alt- und Friedrichstadt seit 10 Monaten ohne Versammlung. Genosse Schneider ausgeschlossen. weil er als Stellvertreter der Bezirksleiter Versammlung einberief. Bauarbeiter, her zur KPD!

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 248)

Am 24. März v. J. wurde die reformistische Zeitung im Bezirk Dresden-Alt- und Friedrichstadt durch die oppositionellen Kollegen abgesetzt und die Zeitung oppositionellen Kollegen übertragen. Kollege Raab wurde damals als erster und Kollege Hugo Schneider als zweiter Vorsitzender und Vertreter gewählt. Raab wurde der 1. Vorsitzende Raab ausgeschlossen und Genosse Schneider rückte nach.

Seitdem früher die Bezirke regelmäßig monatlich ihre Versammlungen abgehalten, so hätte das auf mit dem Moment, wo die Opposition die Leitung des Altstädter Bezirks übernommen hatte. Trotzdem von Seiten der Bezirksleitung und der Kollegen als von der Bauergemeinschaft Dresden Versammlungen gefordert wurden, hatte es die Bauergemeinschaft Dresden verstanden, seit 10 Monate jede Versammlung zu unterbinden. Die Empörung der Mitglieder des Bezirks über diese Frechheit von Seiten der leitenden Angestellten der Dresdner Bauergemeinschaft hatte das Maß des erträglichen erreicht. Kollege Schneider wurde von den Bauarbeitern beauftragt, sich aus eine Bezirksversammlung einzuberufen, da ja von der Bürokratie nichts zu erwarten war. Den Wünschen der Kollegen Rechnung tragend, berief Kollege Schneider für den 28. Januar eine Versammlung nach dem Frankfurter Hof ein, die Stellung nahm zu den Vorgängen innerhalb des Bezirks und den im Hinblick auf die Bauergemeinschaft führe getroffenen Beschlüssen und für die Bauarbeiter. Die angewandten Bauarbeiter mochten ihrem Herzen Luft und legten den Vorschlag, was zu sagen nötig war. Klar und deutlich wurde zum Ausdruck gebracht, daß von den reformistischen Genossen nichts mehr zu erwarten sei. Einige Kollegen hatten auf die KPD hingewiesen, die eine ganze Reihe erfolgreicher Streiks gegen Lohnabbau und andere faschistische Beschlüsse geführt hat, während die Gewerkschaften alles taten, um jede Bewegung der Bauarbeiter im Interesse der herrschenden Klasse zu unterbinden.

Nur einigen Tagen erzählt nun Kollege Schneider vom

Hauptstadtbund des BSB sein Ausschlußschreiben zugelaufen, das mit Wörtchen wiedergeben:

„Der Bundesvorstand erhielt Kenntnis, daß Du Dich in letzter Zeit für die KPD im Gebiet der Bauergemeinschaft Dresden betätigt. Mitglieder unseres Bundes, die für die KPD Propaganda machen aber innerhalb des Bundes nach den Bestimmungen der KPD arbeiten, verstoßen gegen unsere Bestimmungen und haben die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen. Der Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 12. v. M. mit Deiner Person beschäftigt und Dich mit sofortiger Wirkung gemäß § 16, Ziffer 2 der Bundesstatuten wegen bundeswidrigen Verhaltens aus dem Bundesverband ausgeschlossen. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß gemäß § 10, Ziffer 10 der Bundesstatuten Deins Bundesmitgliedschaft durch den Ausschluß erlischt. Für den Fall, daß Du widerrechtlich verurteilt, noch weiterhin an irgendwelchen gewerkschaftlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Sitzung usw.) teilzunehmen, sind die Instanzen unseres Bundes gezwungen, gemäß § 127 StGB strafrechtlich gegen Dich vorzugehen.“

Was meil Kollege Schneider die Untertanen der Bauarbeiter wahrnahm, weil er selbständig eine Versammlung des Bezirks einberufen hatte, nachdem alle Versammlungen und Anträge bei der Bauergemeinschaft Dresden in der Zeit von 10 Monaten erfolglos waren, wurde er ausgeschlossen. Daß die Behauptung, Kollege Schneider habe sich für die KPD betätigt, an den Bauern herbeigezogen wurde, ist daraus ersichtlich, daß nicht ein Beweis dafür in dem Ausschlußschreiben des Bundesverbandes angegeben ist. Ganz sicher wäre das der Fall gewesen, wenn nur der Schatten eines Beweises gegen Kollege Schneider vorgelegt hätte.

Über den reformistischen Bescheid war die von Schneider einberufene Versammlung mächtig in die Runden geraten und es wurden, daß bei den Bauarbeitern in Dresden-Witzsch kein „Eisener Front“-Schwanzel anzubringen ist. Sie glauben sich Ruhe verschaffen zu können, wenn sie zum Ausschlußverfahren greifen.

Die Bauarbeiter des Bezirkes Dresden-Witzsch und wenn darüber hinaus oder werden den Bescheid die Antwort geben. Sie werden nicht eher ruhen und rufen, bis das letzte Gewerkschaftsmitglied erkannt hat, wohin der Weg der Gewerkschaftsbürokratie, der Weg der „Eisernen Front“ führt. Ihre Aufgabe ist es, alle SPD- und Gewerkschaftsmitglieder von der „Eisernen Hindenburgfront“ herüberzuholen zur roten Arbeiterklasse, zur Wahl des Kandidaten der Arbeiterklasse, des Genossen Thälmann u. werden als Wahlhelfer der KPD zur Verfügung stehen.

Wer für die Notverordnungen ist,

stimmt für den Kandidaten der kapitalistischen Brüning-Seydewitz-Hitler-Front!

Für Arbeit, Brot und Freiheit

kämpft die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Führung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Nahrungsmittelbürokratie fürchtet Abrechnung

SPD-Betriebsrat von Riedel & Engelmann vertritt die Botsen, aber nicht die Arbeiter

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 247)

Für den 17. Februar hatte der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband zu einer Versammlung nach dem Volkshaus eingeladen. Um aber noch vorher alle kassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Abrechnung die Lohnabbaukämpfe mit Recht fürchteten, von dieser Versammlung fernzuhalten, wurden die Einladungen in 90 Post und verheißt verteilt, daß bei Riedel & Engelmann z. B. 98 Prozent der Belegschaft überhaupt nicht rechtzeitig Kenntnis erlangten. Nur die treuen Schächeln, die mit dem reformistischen Betriebsrat und der Verbandsbürokratie durch und durch gehen, wurden rechtzeitig benachrichtigt.

In der Versammlung stellte sich nun heraus, daß die Sorge um die Arbeiterklasse von Seiten der Verbandsoberen geradezu rührend ist. Man nahm den Arbeitern sogar die Wahl des Vertrauensmannes ab, um sie besser über die Dür hinaus zu führen.

Arbeiter der Schwanenindustrie, die Verbandskassen verurteilen, auch den reformistischen Betriebsratsvorsitzenden von Riedel & Engelmann als Delegierten auf die Höhe legen zu können. Derselben Betriebsrat, der die Schwanenindustrie einen Stein bei Riedel & Engelmann bedie, indem er jedes Vergehen absieht, dieser Unternehmensrat, der es ablehnte, Betriebsversammlungen einzuberufen und so den Willen der Arbeiter mit Füßen trat; der stets für Heberhunden ohne Zuschlag ein-

trat; der nie Zeit für die Arbeiter hatte und alle Unterdrückungsmassnahmen der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Arbeiterklasse im Betrieb durchführte.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Riedel & Engelmann, kann das ewer Vertreter sein? Nein und abermals nein! Nicht Sturm gegen die Absichten der Verbandsbürokraten und wählt einen Vertreter, der ewer Vertrauen heißt und eure Interessen ohne Rücksicht auf Unternehmer und Gewerkschaftsoberen vertritt. Wagt euch nicht einzufügen von dem neuesten Schwanzel der Reformisten, der „Eisernen Front“, dem Hindenburgflügel der Bourgeoisie, Hindenburg, daß heißt neue Notverordnungen und damit weitere Verelendung der Arbeiterklasse. Euer Kandidat ist Ernst Thälmann, zeichnet euch ein als Wahlhelfer für die kommunistische Partei!

Streikieg im Mansfelder Gebiet

Die Gemeinde Unterrück (Mansfeld) hatte Anfang Februar den Wohlhabensvermögens die Unterdrückungsfälle um 50 Prozent gekürzt. Daraufhin traten die Wirtschaftler am 8. Februar trotz aller Erklärungen, daß die Gemeinde, der preussische Staat und das Reich kein Geld hätten, in den Streik. Unter dem Druck dieses Wirtschaftlerstreiks wurde schon nach 4 Tagen die Unterdrückung voll ausgeführt.